

Aktuelle Post aus dem Kreistag (9)



22. Juli 2022

Sehr geehrte Leser:innen!

Liebe Freund:innen! Liebe Genoss:innen!

Wir berichten in der heutigen Post von der Kreistagssitzung am 20. Juli 2022.

Unser Ziel ist es, dass Kreistagsbeschlüsse und wichtige Themen nicht in der Versenkung verschwinden. Leider besteht diese Gefahr. Besonders bei sozialen Themen, wie der kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft, dem „Aktionsplan Inklusion“, bei unseren Anträgen zu den Klimaschutzziele, bei der „Erhebung zu den Sozialwohnungen im Wetteraukreis“, bei den Verbesserungen für die Noteltern, dem Einbau von Luftfiltern in Schulen oder dass das Hessische Vergabe- und Tariftreuegesetz im Wetteraukreis Anwendung findet...

Zum Glück passen auch andere Oppositionsparteien diesbezüglich auf.

Die Koalition aus SPD und CDU „vergisst“ gern mal Dinge, die sie nicht so gern hat.

Oder Anträge werden geprüft und geprüft. Manche dümpeln monatelang in einem Ausschuss und werden dann dort endgültig beerdigt. Das bedeutet, sie kommen nicht mehr zurück in den Kreistag zur Debatte und Entscheidung. Da heißt es: Nachhaken!

In diesem Kreistag gab es viel nachzuhaken.

Darüber berichten wir in der heutigen Ausgabe:

1. Anträge DIE LINKE. „Anpassung der Klimaziele des Wetteraukreises“ und zwei Änderungsanträge zu den Klimazielen
2. Antrag DIE LINKE. Erhebung Sozialwohnungen und Presseerklärung
3. Antrag DIE LINKE. „Aktionsplan Inklusion“ endlich beraten und abstimmen! und Antrag der Grünen: Beibehaltung des Inklusionsbeirats
4. Antrag DIE LINKE. „Was macht die kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft?“
5. Regionalpartnerschaft mit Israel
6. Anträge der GRÜNEN: Ausstattung der Schulen mit Lüftungsanlagen und Anwendung des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetzes im Wetteraukreis
7. Antrag AfD: Unsere Heimat ist und bleibt die Wetterau
8. Anträge der FDP: Informationsfreiheitsgesetz und Verbesserung des Pflegekinderwesens (Noteltern)
9. Antrag der FW: Externes Organisationsgutachten zur Ausländerbehörde

RÜCKLICHT



Miethaie zu Fischstäbchen!

16. Juli 2022: Infostand in Friedberg. DIE LINKE. Wetterau informiert über steigende Mieten und Ignoranz im Kreistag, was die Wohnungsnot im unteren Mietpreissegment angeht: Die kreiseigene Wohnungsgesellschaft wurde zwar vor der Kommunalwahl 2021 beschlossen, wird aber bis heute nicht realisiert. Die Zahl der Sozialwohnungen im Wetteraukreis ist aber um 40 Prozent gesunken.

In Hessen liegt die Armutsquote bei 18,3 Prozent. Immer mehr Menschen können die Mieten und die Energiepreise nicht mehr bezahlen. In einer bundesweiten Aktion berichten Menschen unter dem Hashtag [#ichbinarmutsbetroffen](#) von ihren Sorgen. Die hohen Mieten und die explodierenden Umlagenrechnungen gehören zu den größten Belastungen.

Dieses Jahr findet das Linke Straßenfest wieder statt.

Mit Essen, Trinken, Politik, Glücksrad, Tombola und gemütlicher Feierlaune. Live-Musik mit dem Multikulturellen Orchester Gießen, Happy Ukuleles, Dynamo Frankfurt und dem Chor der Linken Wetterau.

Samstag, 3. September 2022

ab 15 Uhr

in der Usagasse in Friedberg



Anträge DIE LINKE.: Anpassung der Klimaschutzziele des Wetteraukreises

Der Kreis arbeitet an einer Anpassung seiner Klimaschutzziele an die Bundesgesetze. Dazu hat DIE LINKE. Fraktion bereits mehrere Anträge eingebracht. Sie wurden gemeinsam mit Anträgen der Grünen und dem Antrag der Koalition in den Ausschuss Regionalentwicklung, Umwelt und Wirtschaft (RUW) überwiesen. Alle diese Anträge waren in einem Tagesordnungspunkt zusammengefasst.

Daran wäre nichts auszusetzen, wenn die Anträge auch einzeln behandelt worden wären. Es wurden aber nur bestimmte Anträge behandelt. Nicht alle.

Dazu gehörten unsere Anträge zum Trinkwasserschutz und zur sozialen Abfederung der Klimamaßnahmen. Sie wurden ohne Debatte abgelehnt und sollten nicht mehr zurück ins Plenum des Kreistages. Damit sind sie der öffentlichen Diskussion entzogen.

Diese Vorgehensweise wollten wir nicht akzeptieren. Deshalb haben wir zwei Änderungsanträge zum Tagesordnungspunkt „Klimaschutzziele“ eingereicht, die dann – unter Protest des Ausschussvorsitzenden RUW - im Kreistag auch auf die Tagesordnung gesetzt wurden.

Das sind unsere Anträge:

1. Das Klimaschutzkonzept 2020 des Wetteraukreises wird mit dem Ziel „Wasserressourcen schützen“ wie folgt ergänzt: **Bei allen Neubauten des Wetteraukreises sind grundsätzlich zwei Wassersysteme einzuplanen: Trinkwassersystem und Betriebswassersystem. Zisternen bzw. Sammelstellen für Betriebswasser sind einzuplanen.**

Ebenso werden bei Sanierungen von Liegenschaften des Wetteraukreises die Wasserversorgungssysteme in Trink- und Brauchwassersystem getrennt, um den Trinkwasserverbrauch zu vermindern.

2. Das Klimaschutzkonzept 2020 des Wetteraukreises wird mit sozialen Zielen wie folgt ergänzt: **Der Wetteraukreis verbindet Klimaschutz mit sozialen Maßnahmen.**

a) Der Wetteraukreis trifft Absprachen mit der OVAG zu Sozialtarifen für Strom.

b) Der Wetteraukreis spricht mit der OVAG, wie eine Energieberatung etabliert werden kann für Verbraucher:innen mit überdurchschnittlichem Stromverbrauch.

c) Der Wetteraukreis initiiert Absprachen mit der OVAG, dem Wetteraukreis/Soziale Hilfen und dem Jobcenter, wie die Ersatzbeschaffung bei kaputten Weißwaren (Kühlschrank, Waschmaschine) mit energieeffizienten Geräten finanziell unterstützt werden kann.

d) Der Wetteraukreis wirbt bei den ortsansässigen Betrieben für die Einführung eines Jobtickets und unterstützt ggf. bei Absprachen mit vgo und RMV.

e) Der Wetteraukreises trifft Absprachen mit der vgo und dem RMV über die Einführung von Sozialtickets im ÖPNV für Sozialleistungsbeziehende.

f) Das Bauamt des Wetteraukreises informiert bei Bauanträgen über Vorgaben zum Klimaschutz und über mögliche Fördermöglichkeiten, wenn von den Bauherr:innen klimafreundliche Baumaßnahmen geplant sind.

g) Der Wetteraukreis startet noch in 2022 eine Informationskampagne über Wärmedämmung und Sanierung von Heizungsanlagen von Wohngebäuden und unterstützt beratend bei der Beantragung möglicher Zuschüsse.

Die vollständigen Anträge mit Begründung sind hier zu lesen:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1503-%C3%A4nderungsantrag-zum-klimaschutzkonzept-des-wetteraukreises-trinkwasserressourcen-sch%C3%BCtzen.html>

und hier:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1504-%C3%A4nderungsantrag-zum-klimaschutzkonzept-des-wetteraukreises-klimaschutz-sozial.html>

Das war unsere Rede:

Herr Kreistagsvorsitzender, sehr geehrte Mitabgeordnete, liebe Gäste,

die Klimaschutzziele werden jetzt ambitionierter gedacht.

Aber nur, nachdem wir und die Grüne Fraktion Anträge dazu gestellt haben. Und ambitioniert heißt auch nur: Auf Druck minimal erweitert. Angesichts der klimapolitischen Lage ist das katastrophal.

Wir merken es gerade: Es ist zu heiß. Und viel zu trocken. Das ist aber nur ein Ausschnitt aus einer fast endlosen Anzahl von Konsequenzen des Klimawandels, die wir zu spüren bekommen. Und die wir vor allem noch zu spüren bekommen werden.

Wir haben mit unseren Anträgen zwei wichtige Punkte angesprochen.

Die Linken Anträge wurden jedoch in der Kreistagssitzung beiseitegeschoben und im Ausschuss abgeschrieben. Deshalb versuchen wir es heute noch einmal.

Der soziale Aspekt des Klimaschutzes ist enorm wichtig. Es ist schwer vorstellbar, wie Klimaschutz ohne Sozialpolitik bewältigt werden soll. Wenn ein immer größer werdender Teil der Bevölkerung von vornherein ausgeschlossen wird, kann man es eigentlich auch gleich lassen.

Wir brauchen einen Klimaschutz, in den alle einbezogen werden, den sich alle leisten können, bei dem alle mithelfen können. Was wir gerade sehen, ist das Gegenteil.

Das arme Fünftel der Bevölkerung wird durch die Preissteigerungen - vor allem bei Energie - finanziell überfordert. Da helfen keine 200 Euro Einmalhilfe. Da hilft nur ein garantiertes Grundkontingent für Strom und Gas und Strom- und Gasperrungen darf es nicht geben.

Beim Wasserantrag wurden zumindest die Grundsätze übernommen. Wenn auch als sehr allgemeine Floskeln, die nicht erwarten lassen, dass wirklich eine Sammlung und Nutzung von Betriebswasser bei Neubauten verwirklicht wird. Angesichts dessen, dass im Vogelsberg 70 Prozent der Quellen verloren gegangen sind, sind diese vagen Lippenbekenntnisse eigentlich nur als Ignoranz zu werten.

Na, immerhin gibt es jetzt nach langer Zeit endlich mal einen Absatz zum Wasser in den Klimazielen.

Während Sozialpolitik anscheinend fast grundsätzlich nicht gewollt ist.

eBike-Leasing ist zum Beispiel eine schöne Idee.

Für Menschen, die nicht am Existenzminimum leben müssen.

Wenn man aber mit Hartz4 weder Arbeitgeber noch Geld zum Leasen hat, ist das eBike- Fahren in weiter Ferne.

Wenn man sowieso schon im Winter nur ein Zimmer heizen kann und sowieso beim warmen Wasser sparen muss, sind Sparvorschläge einfach zynisch. Wie soll ein stromsparender Kühlschrank finanziert werden, wenn nicht durch Sparen? Aber sparen von welchem Geld? Das ist die Frage.

Wir haben heute diese Änderungsanträge gestellt, weil Trinkwasserschutz und soziale Maßnahmen immer drängender werden, um den Klimaschutz auch wirklich wirksam anzugehen.

Das mag vielleicht vielen nicht gefallen. Aber Ignoranz beseitigt die Probleme nicht.

Wir brauchen konkrete Maßnahmen und das jetzt!

Auch die Grünen haben versucht, mit einem Änderungsantrag Verbesserungen im Klimaschutzplan zu erreichen. Die Mehrheit des Kreistages lehnte die Anträge ab.

Antrag DIE LINKE.: Erhebung Sozialwohnungen und Presseerklärung

Auf Antrag der Fraktion *DIE LINKE.* wurde am 4. Mai 2019 folgender Beschluss im Kreistag gefasst:

„Der Kreistag beauftragt den Kreisausschuss, die Erhebung „Sozialer Wohnungsbau im Wetteraukreis“ fortzuschreiben und mit einer Umfrage die Zahlen und Auskünfte zu aktualisieren.“

Leider ist nichts passiert. Wir hatten mehrmals nachgefragt und es wurde jedes mal versprochen, die Erhebung bald vorzulegen. Jetzt haben wir einen Antrag gestellt – was eigentlich nicht nötig sein sollte. Aber drei Jahre nach Beschlussfassung müsste es doch – trotz Corona – möglich sein, den Kreistagsbeschluss umzusetzen.

Und siehe da: Kurz vor der Kreistagssitzung wurde die Erhebung im Ausschuss RUW vorgestellt.

Die Erhebung „Sozialer Wohnungsbau im Wetteraukreis“ enthält einigen Sprengstoff.

Der Bestand an Sozialwohnungen in den Kommunen des Wetteraukreises ist drastisch zurückgegangen: Seit 2013 um 40 Prozent. Einige Kommunen haben ihre Sozialwohnungen gänzlich abgeschafft.

Wir haben dazu folgende Pressemitteilung herausgegeben:

Anzahl der Sozialwohnungen im Wetteraukreis um 40 Prozent gesunken

„Die Anzahl der Sozialwohnungen in den Kommunen des Wetteraukreises ist um 40 Prozent zurückgegangen. Bei dem hohen Bedarf an Wohnraum im Niedrigpreissegment müsste eine solche Zahl eigentlich alle Alarmglocken auslösen!“, sagt Gabi Faulhaber, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Kreistag. „Leider ignorieren viele kommunale Politikerinnen und Politiker die Brisanz auf dem Wohnungsmarkt, was bezahlbaren Wohnraum angeht. Sie beschäftigen sich einfach nicht mit dem Thema. Bestenfalls sieht man in Sozialwohnungen einen Kostenfaktor und deswegen haben viele Kommunen Wohnungen verkauft oder die Sozialbindung nicht verlängert. Manche haben ihre Sozialwohnungen gänzlich abgestoßen.“

Gab es 2013 noch 2512 Sozialwohnungen in den Wetterauer Kommunen, so sind es heute nur noch 1532. Das zeigt eine aktuelle Erhebung zum sozialen Wohnungsbau, die dem Kreistag vorgelegt wurde. Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE. gab es bereits 2013 eine erste Erhebung zum Stand der Sozialwohnungen und nun wurde diese Untersuchung endlich fortgeschrieben. Dabei kam der desaströse Rückgang um 40 Prozent ans Tageslicht und es wurde deutlich, dass immer noch so gut wie keine Maßnahmen zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums ergriffen werden.

Auch die linke Kreistagsabgeordnete Anja ElFechtali hat kein Verständnis für die jahrelangen Versäumnisse im sozialen Wohnungsbau: „Bei vielen Haushalten frisst die Miete inzwischen weit mehr als ein Drittel des Haushaltseinkommens. Wer im Niedriglohnsektor arbeitet oder ein kleineres Einkommen hat, ist mit den hohen Mieten armutsgefährdet. Die Armutsquote liegt in Hessen sowieso schon bei 18,3 Prozent. Sollen noch mehr Menschen in die Armut abrutschen?“

DIE LINKE. sieht soziale Wohnungspolitik auch als kommunale Aufgabe. Deswegen hat die linke Kreistagsfraktion immer wieder eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft gefordert. Vor der Kommunalwahl 2021 hatte der Kreistag endlich einen Beschluss zur Gründung der WoBau gefasst.

„Leider kommt die kreiseigene WoBau nicht in die Gänge“, sagt Gabi Faulhaber. „Es gab seit März 2021 keinen Zwischenbericht im Kreistag, wie weit das Projekt gediehen ist oder was man nun plant. Nichts! Noch dazu wurde die WoBau lediglich mit 2,1 Millionen Kapital ausgestattet. Unsere Anträge auf Aufstockung des Kapitals auf 21 Millionen wurden abgelehnt. Man steckte vorhandene Überschüsse im Haushalt lieber in den Schuldenabbau. Wir werden jedenfalls den Eindruck nicht los, dass die kreiseigene WoBau zum Scheitern gebracht werden soll.“

Anja ElFechtali fordert ein Umdenken: „Wer privaten Investoren den Wohnungsbau und Wohnungsmarkt überlässt und den sozialen Wohnungsbau ausbremst, handelt unsozial. Wer zulässt, dass seine Parteikollegen in Berlin die Vermögenssteuer verhindern und dass jährlich 80 Milliarden für Rüstung statt für Soziales ausgegeben werden, sollte nicht dauernd über fehlende Finanzen in den kommunalen Kassen jammern.“

Antrag DIE LINKE.: „Aktionsplan Inklusion“ endlich beraten und abstimmen!

Dieser Punkt gehört auch zum traurigen Kapitel der „vergessenen“ Kreistagsthemen. Schon zur Haushaltsdebatte hatten wir versucht, die Umsetzung des Aktionsplans Inklusion wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Vergeblich.

Hier ist unser damaliger Antrag:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1458-haushalt-2022-2023-aktionsplan-inklusion-endlich-umsetzen.html>

Jetzt haben wir erneut einen Anlauf gestartet:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1511-endlich-im-kreistag-behandeln-aktionsplan-inklusion.html>

Leider wieder vergeblich. Herr Becker (SPD) sprach für die Koalition gegen unseren Antrag: Ja, es sei viel Zeit vergangen aber jetzt sei man auf der Zielgeraden. Inzwischen werde der Aktionsplan überarbeitet. Nach einer Stellungnahme des Berliner Instituts für Menschenrechte könne man jetzt daran arbeiten, den Aktionsplan neu auszugestalten. Bis dahin sei es nicht sinnvoll, den Kreistag damit zu beschäftigen.

Das war unsere Rede dazu:

*Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,
wir haben hier in der Wetterau engagierte Menschen, die einen Aktionsplan Inklusion erarbeitet haben.
Das ist ein Glücksfall!*

Fachlich versierte Leute erarbeiten einen Plan zur Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte der Menschen mit Behinderung für den Wetteraukreis. Ehrenamtlich! Fundiert!

Da ist es doch überhaupt nicht nachvollziehbar, wie mit diesen Personen und mit dem Aktionsplan umgegangen worden ist und noch immer umgegangen wird!

Das Arbeitsgremium, der Inklusionsbeirat, erarbeitet einen Vorschlag und der wird hier - jahrelang kann man ja schon sagen - gar nicht zur Kenntnis genommen! Er wird nicht diskutiert. Er wird nicht beraten.

Und zuletzt wird der Inklusionsbeirat sogar aufgelöst, ohne dass seine Mitglieder davon offiziell informiert werden. Ich frage Sie: Was ist das denn für eine Wertschätzung, die dem zugrunde liegt?

Einmal stand der Aktionsplan schon auf der Tagesordnung des Kreistags und wurde dann kurzfristig wieder abgesetzt. Es gebe noch Klärungsbedarf hieß es. Das ist lange her... Geklärt scheint nichts.

Jedenfalls wurde im Kreistag und seinen Ausschüssen nichts berichtet.

In der Presse war zu lesen, dass eine qualifizierte Umsetzung des Aktionsplans personalintensiver sein würde als gedacht.

Wer hat denn da gedacht? Das wäre mal die Frage...

Dieser Kreistag wurde jedenfalls nicht bemüht, sich über die Möglichkeiten Gedanken zu machen, wie und mit welchen Mitteln Inklusion im Wetteraukreis umgesetzt werden könnte.

Nochmal: Dass die Umsetzung der Behindertenrechtskonvention nicht umsonst oder kostenneutral zu haben ist, dürfte allen Beteiligten klar sein. Das kann nicht wirklich der Grund sein, dass der Aktionsplan nicht auf die Tagesordnung des Kreistags kommt und nicht abgestimmt wird. Das kann nicht der Grund sein, dass man einfach abtaucht und so tut, als gäbe es ihn nicht.

Meine Damen und Herren,
wir denken, es ist jetzt genug!

Wir beantragen, dass der vom Inklusionsbeirat erarbeitete „Aktionsplan Inklusion“ in den Ausschüssen des Kreistags beraten wird. Wir wollen, dass zumindest ein Einstieg in die Umsetzung des Aktionsplans erreicht wird. Wir denken, es ist Zeit, dass der Kreistag über den Aktionsplan Inklusion debattiert und abstimmt.

Die Grünen hatten ebenfalls einen Antrag gestellt: „Der Inklusionsbeirat bleibt als eigenständiger Beirat bestehen. Er soll weder aufgelöst noch mit dem Diversitätsbeirat des Wetteraukreises zusammengeführt werden.“

Beide Anträge wurden von der Mehrheit des Kreistags abgelehnt. Dafür stimmten: Linke, Grüne, FDP und FW.

Antrag DIE LINKE.: Was macht die kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft?

Seit dem Beschluss zur kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft sind 15 Monate vergangen. Der Kreistag wurde seitdem nicht über den Fortgang der Gründung informiert.

Deshalb haben wir beantragt:

„Über den Entwicklungsstand der kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft berichtet der Kreisausschuss ausführlich im Ausschuss für Jugend, Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung am 26. Oktober 2022.“

Die kreiseigene WoBau war wohl vor längerer Zeit auch Thema in der Bürgermeisterdienstversammlung. Dort wurde an einigen Punkten Kritik geübt und es sollte eine Überarbeitung stattfinden. Die Koalition berichtete, es hätte eine „Markterfragung“ stattgefunden und eine rechtliche Prüfung. Das müsse nun im Haupt-, Finanz und Personalausschuss berichtet werden.

Jaaa! Bitteschön!! Es wäre mal langsam an der Zeit für Transparenz!

Wir haben diese Rede gehalten:

*Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,
im Februar 2021 wurde hier im Kreistag die Gründung einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft beschlossen.*

Vorausgegangen waren acht Jahre, in denen die Linke Fraktion immer wieder eine Wohnungsbaugesellschaft beantragt hatte.

Schon vor den Kommunalwahlen 2016 wollten der Kreisausschuss prüfen, wie eine kreiseigene WoBau aussehen könnte.

Schon damals war der Druck auf den Wohnungsmarkt in der Rhein-Main-Region enorm hoch. Schon damals fehlte vor allem bezahlbarer Wohnraum.

Keine der Parteien, die 2016 zur Kommunalwahl antraten, konnte es sich leisten, nichts zum Thema „bezahlbares Wohnen“ zu sagen - oder wenigstens zu den steigenden Mieten auf dem Wohnungsmarkt. Sie haben endlos geprüft und verzögert.

Aber das Thema holte Sie zur Kommunalwahl 2021 wieder ein.

Noch ein halbes Jahr vor dieser letzten Kommunalwahl wollten Sie wieder nur ein Konzept erstellen. Die Dynamik der Wohnungsfrage hat Sie dann doch erreicht: Nicht in der Form, dass Sie sich wirklich der Frage stellen wollten, dass es für den einkommensschwächeren Teil der Bevölkerung Wohnungsnot gibt und dass es an bezahlbaren Mietwohnungen und Sozialwohnungen fehlt.

Nein, das nicht!

Aber dass das Thema im Wahlkampf eine große Rolle spielen würde – das war Ihnen bewusst. Wer will schon im Wahlkampf unsozial aussehen?

So kam es zur Gründung dieser ungeliebten Wohnungsbaugesellschaft. Mit minimaler Kapitalausstattung. Und das wars bisher auch.

Natürlich ist uns sehr klar, dass es sich um ein lieblos inszeniertes Projekt handelt.

Vielleicht sogar über ein Projekt, das sang- und klanglos untergehen soll...

Die neue WoBau litt von Anfang an unter Lieblosigkeit. Die Überschüsse des Kreises wurden anderweitig investiert bzw. zum Schuldenabbau verwendet. Im Kreistags und seinen Ausschüssen wurde nicht über den Fortschritt des Projekts berichtet.

Meine Damen und Herren,

wir beantragen jetzt, dass ausführlich informiert wird, in welchem Stadium sich die Gründung befindet, was die WoBau inzwischen macht, welche Kommunen angesprochen wurden, welche Pläne es gibt, ob schon Fördermittel des Bundes und des Landes eingeworben wurden usw. usf.

Es wird Zeit für Transparenz!

Auch andere Parteien, wie die Freien Wähler und die FDP fragten in der Debatte, warum man immer wieder auf Transparenz drängen müsse. Warum immer wieder darauf geachtet werden müsse, dass es bei beschlossenen Projekten weiter geht.

Immerhin besteht nun Hoffnung, dass im Ausschuss HFP über die kreiseigene WoBau berichtet wird.

Regionalpartnerschaft mit Israel

In einer Arbeitsgruppe einigten sich die Fraktionen über einen Beschlussvorschlag, der im Kreistag nun auch beschlossen wurde.

Die FDP schlug vor vor einigen Monaten eine Regionalpartnerschaft vor. Wir hatten dazu einen Änderungsantrag gestellt:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1350-%C3%A4nderungsantrag-partnerschaft-mit-israel-muss-frieden-und-v%C3%B6lkerverst%C3%A4ndigung-zum-ziel-haben.html>

Für uns war wichtig, dass die Partnerschaft nicht zionistisch ausgestaltet wird.

„DIE LINKE. begrüßt Kontakte nach Israel, die Völkerverständigung und Frieden befördern. Wir schlagen vor, eine Partnerschaft mit einer Initiative einzugehen, die Deeskalation und das friedliche Zusammenleben von Israelis und Palästinenser:innen befördert. Weitere Eskalationen – seien sie militärisch, durch Ausgrenzung oder durch eine nationalistische Siedlungspolitik –

werden nicht zu einer Lösung der Konflikte in Israel bzw. der Region führen. Die Gesellschaft ist hochgradig polarisiert. Ob es einer zukünftigen Regierung gelingen kann, das Land zu stabilisieren, ist derzeit unklar. Aber auf was es in jedem Fall ankommt, ist eine aktive und friedensorientierte Zivilgesellschaft. Diese kann und sollte Einfluss auf die Politik erreichen. Deshalb sprechen wir uns für eine Partnerschaft zu einem Friedensprojekt aus, in dem Israelis und Palästinenser zusammenarbeiten.“

Der jetzige Beschluss fand auch unsere Zustimmung.

Er enthält den Gedanken der Völkerverständigung und auch das Ziel, mit zivilgesellschaftlichen Akteuren in Kontakt zu kommen.

Hier ist der Beschlusstext:

Der Kreisausschuss wird beauftragt, folgende Maßnahmen in die Wege zu leiten:

1. Für Jugendaustauschprogramme und Partnerschaften mit Israel, die von Schulen (Jugend-)Organisationen oder anderen Bildungsinstitutionen im Wetteraukreis getragen werden, werden Zuschüsse gewährt. Die Auszahlung eines Zuschusses soll an die Bedingung geknüpft sein, dass die Reise im Schwerpunkt dem Gedanken der Völkerverständigung und der konkreten Begegnung und dem Austausch vor Ort dient und nicht einem überwiegend touristischen Zweck.

*Der Kreisausschuss wird gebeten, entsprechende Richtlinien für eine Förderung von bis zu 200 € pro Fahrt und Teilnehmer*in zu erstellen und die erforderlichen Mittel im Haushalt einzuplanen. Informationen sollen über die Website des Wetteraukreises zur Verfügung gestellt werden, außerdem sollen die Schulen direkt über das Angebot informiert werden.*

2. Als Zeichen der Unterstützung und der Solidarität mit Israel wird an einem jährlichen Gedenktag vor dem Kreishaus am Europaplatz die israelische Nationalflagge gehisst. In Frage kommen das Versöhnungsfest Jom Kippur, das Pessach-Fest oder der Holocaust-Gedenktag am 27. Januar.

3. Der Wetteraukreis zeigt sich grundsätzlich offen für eine Regionalpartnerschaft mit einem israelischen Unterbezirk. Voraussetzung ist, dass die Partnerschaft auch von zivilgesellschaftlichen Akteuren in beiden Regionen mitgetragen wird.

4. Der Kreisausschuss wird gebeten, auf eine geeignete (israelische) Institution zuzugehen und dieses Interesse zu artikulieren.

Anträge der Grünen: Ausstattung der Schulen mit Lüftungsanlagen und Anwendung des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetzes im Wetteraukreis

Der Antrag verweist darauf, dass es derzeit finanziell nicht möglich wäre, in einem Zug alle Klassenräume mit Lüftungsanlagen auszustatten. Dennoch muss mit dieser Aufgabe begonnen werden.

Das haben die Grünen beantragt:

„1. Der Wetteraukreis unterstützt die großzügige Handhabung des Kreisausschusses bei der Anschaffung von Lüftungsanlagen in den Schulen.

2. Bei zukünftigen Neubau- und Sanierungsmaßnahmen von Schulgebäuden sollen in alle Klassenräume bzw. Schulgebäude Lüftungsanlagen mit Wärmerückgewinnungseinrichtungen eingebaut werden.

3. Im Gebäudebestand sollen alle Klassenräume mit Außenbelüftungsanlagen ausgestattet werden. Hier sollen nach dem Stand der Technik vorrangig Geräte mit Wärmerückgewinnung eingesetzt werden. Der Kreisausschuss wird beauftragt, hierfür ein Programm auszuarbeiten, aus dem der zeitliche Rahmen der Nachrüstung, die Kosten, die derzeitigen technischen Möglichkeiten und der Nutzen für die

Klassenraumbelüftung hervorgeht. Das Programm soll im Bildungsausschuss und im Haupt- und Finanzausschuss vorgestellt werden.“

Dieser Antrag wurde abgelehnt. Zugestimmt haben: Grüne, Linke, FW und FDP.

Zudem beantragten die Grünen, dass im Wetteraukreis die Zahlung des Mindestlohns auf den Baustellen gesichert werden muss. Auch sollten sich die Abgeordneten im Haupt- und Finanzausschuss über die Situation auf den Baustellen informieren. Dazu sollten die IG Bau und der Verband baugewerblicher Unternehmer Hessen eingeladen werden.

Dazu war die Mehrheit im Kreistag nicht bereit. Der Antrag wurde nicht angenommen.

Antrag AfD: Unsere Heimat ist und bleibt die Wetterau

Der Antrag der AfD erklärt, was sie unter „Heimat“ verstehen:

Abwechslungsreiche Landschaft, Tradition, Dialekte, das geordnete freie Leben der Menschen im Rechtsstaat.

Sie möchten das Heimatgefühl bewahren.

Das haben wir dazu gesagt:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,

haben Sie gewusst, dass Menschen, die aus anderen Ländern zu uns nach Deutschland kommen, versuchen, die Abwechslung der Landschaft unserer schönen Wetterau zu zerstören?

Dass die alles durcheinander bringen wollen?

Die Nord-Süd-Achse Butzbach bis Bad Vilbel und die Ost-West-Achse vom Vogelsberg zum Taunus sollen jetzt ganz anders verlaufen: Vielleicht im Zickzack- von Kefenrod nach Butzbach und von dort nach Altenstadt und zurück nach Karben?

Und die wollen auch nicht nur unsere Traditionen zerstören sondern auch die Dialekte! Unsere geliebten Dialekte! Stellen Sie sich das vor! Schon unterrichten diese Eindringlinge in den Schulen und Universitäten Hochdeutsch! Und selbst im Fernsehen wird dieses Hochdeutsch gesprochen!

Und dann zerstören diese Fremden noch unsere Rechtsstaatlichkeit und das positive Heimatgefühl.

Wahrscheinlich indem sie eine Shisha-Bar in Hanau überfallen und neun Menschen töten.

Sie gründen einen NSU und klauen Waffen aus Bundeswehrbeständen.

Nein, das geht nun wirklich nicht.

Der Antrag wurde abgelehnt.

Anträge der FDP: Informationsfreiheitsatzung und Verbesserung des Pflegekinderwesens (Noteltern)

In der vergangenen Wahlperiode hatte die Fraktion DIE LINKE. / Piraten eine Informationsfreiheitsatzung beantragt. Damals wurde dieser Antrag abgelehnt, weil man Angst hatte, alle Vorgänge könnten wirklich eingesehen werden.

Jetzt hat die FDP einen entsprechenden Antrag gestellt. Sie begründeten das u.a. damit, dass auch der Landtag eine solche Satzung verabschiedet hat und es den Kreisen möglich ist, eigene Satzungen zu verabschieden. Das dient der Transparenz.

Einige Kreise in Hessen haben das auch schon umgesetzt: Darmstadt-Dieburg, Waldeck-Frankenberg, Groß Gerau und Lahn-Dill.

Beim Thema „Transparenz“ ist der Wetteraukreis ganz hinten. Das zeigte auch diese Abstimmung: der Antrag wurde mit den Stimmen der Koalition abgelehnt.

2013, als der Wetteraukreis ein hartes Einsparprogramm durchgezogen hat, wurde auch die Vergütung in der Bereitschaftspflege stark gekürzt. Bereitschaftspflege bedeutet: Wenn Kinder in Obhut genommen werden müssen, stehen Noteltern bereit und geben den Kindern bis zur endgültigen Klärung der Verhältnisse ein Zuhause. Das ist eine anspruchsvolle Aufgabe und erfordert viel Einfühlungsvermögen und Einsatz.

Damals hat die Fraktion DIE LINKE. energisch gegen diese Kürzungen gekämpft. Vergeblich. Vor etwa einem halben Jahr musste dann die Sozialdezernentin zugeben, dass Noteltern angesprungen sind und sich kaum neue Noteltern gewinnen lassen. Sie schlug deswegen eine deutliche Verbesserung der Vergütung vor. Das traf auf die Unterstützung aller Fraktionen. Doch dann passierte nichts weiter.

Nachdem nun die FDP nachgehakt hat, brachte die Koalition die damaligen Vorschläge als Änderungsantrag ein. Die Verbesserungen wurden nun endlich beschlossen.

Das sind die Verbesserungen:

- die Vergütung der Bereitschaftspflege wird auf 70,00 Euro festgelegt,
 - für Rufbereitschaft wird eine monatliche Pauschale in Höhe von 450,- € Brutto bezahlt,
 - die Urlaubs- und Ferienbeihilfe wird je Pflegekind auf 350,00 Euro aufgestockt,
 - den Pflegeeltern werden je Pflegekind die Kosten für einen Babysitter bis zu monatlich 8 Stunden bezahlt,
 - für die Erholung nach einer Belegung innerhalb der Bereitschaftspflege erhalten Pflegeeltern einmalig eine Zahlung von 250,00 Euro innerhalb von sechs Monaten zur Regeneration,
 - Pflegeeltern erhalten während der Rückführungsphase bis zu 500,00 Euro monatlich für den Zusatzaufwand,
 - Ferner wird Pflegeeltern, soweit die gesetzlichen Rahmenbedingungen vorliegen, ein reguläres Pflegegeld bzw. Elterngeld in Höhe von 900,00 Euro pro Monat erstattet.
- Diese zusätzlichen Aufwendungen werden durch Umsteuerung aus der stationären Vollzeitpflege in die Bereitschaftspflege bzw. Vollzeitpflege bei Pflegeeltern kostenneutral angesetzt.

Wir haben natürlich für diese Verbesserungen gestimmt. Obwohl es sehr fraglich ist, ob sich der letzte Satz wirklich realisieren lässt. Es sind sowieso nicht ausreichend finanzielle Mittel in den Pflegebereichen eingesetzt. Eine „Umsteuerung“ erscheint uns kaum möglich. Hier muss es beim nächsten Haushalt eine Prüfung geben.

Wir haben auch deutlich gemacht, wie unsäglich es ist, dass die Koalition immer und immer wieder auf Beschlüsse und angekündigte Veränderungen angesprochen werden muss, bevor endlich etwas umgesetzt wird.

Antrag der Freien Wähler: Externes Organisationsgutachten zur Ausländerbehörde

Die FW wollen eine externe Untersuchung zur Organisation in der Ausländerbehörde. Die Bearbeitung dauert insgesamt zu lange, es gibt keine Sprechstunden in Büdingen, die Behörde ist nicht in ausreichendem Maße ansprechbar.

Wir haben diesen Antrag unterstützt, ebenso die Grünen und die FDP.

Doch die Koalition aus SPD und CDU und die rechten Parteien lehnten den Antrag ab.



Zuletzt noch eine Bitte: Empfehlen Sie / empfiehlt die „aktuelle Post“ weiter!
Wenn interessierte Menschen die „aktuelle Post“ lesen möchten, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der Homepage „DIE LINKE Wetterau“ <https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/post-aus-dem-kreistag.html> ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.
Viele Grüße von Malin Potengowski, Anja ElFechtali und Gabi Faulhaber